

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in der neoliberalen Entwicklungsphase

Die Periode zwischen der Finanzmarktkrise 2008 und der Corona-Krise 2020 war in Deutschland durch Fortsetzung und Modifikation einer Entwicklungsphase geprägt, für die sich der Begriff ‚Neoliberalismus‘ eingebürgert hat.¹ Diese Bezeichnung bezieht sich wesentlich auf eine bestimmte Wirtschaftspolitik und ihre ideologische Begründung und ist damit ebenso wenig erschöpfend wie die des ‚Keynesianismus‘ für die Zeit zwischen 1949 und 1975, die durch die ‚Kleine Weltwirtschaftskrise‘² 1973/1975 beendet wurde. Dabei ist zwischen dem Neoliberalismus als politischer Ideologie einerseits und der wirtschaftspolitischen Praxis andererseits zu unterscheiden: Der Neoliberalismus als Ideologie ist mit seiner Verachtung des Wohlfahrtsstaates und seiner Vergötzung von Markt und Individualkonkurrenz ein mächtiges Bollwerk, hinter dem sich das Kapital im Verteilungskampf verschanzen und seine Profitinteressen als gesellschaftliche Gesamtinteressen ausgeben kann. Dass politische Ideologie und wirtschaftspolitische Praxis auseinanderfallen können, dass ‚freier‘ Markt gepredigt und Staatsinterventionismus praktiziert wird, ist dabei nicht neu und für die Herrschenden in Privatwirtschaft und Staat so lange unproblematisch, wie es keine politisch wirkungsmächtige Alternative gibt, die die neoliberale Ideologie ablösen könnte. Zu problematisieren ist der verbreitete, aber ungenaue Begriff des Staatsinterventionismus, der diskretionäre, fallweise staatliche Eingriffe in die Wirtschaft zu bezeichnen scheint. Tatsächlich geht es in den Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft um mehr: Spätestens seit Ende der 1930er Jahre (in Deutschland seit 1933) ist der Staat in gewissem Sinne Bestandteil des kapitalistischen Reproduktionsprozesses (vgl. den Text von Heinz Jung in diesem Heft). Diese Beziehung kann aber unterschiedliche Formen annehmen. So ist zu unterscheiden zwischen direkter staatlicher Beteiligung am Reproduktionsprozess wie in der ‚keynesianischen‘ Periode (z.B. durch öffentliche Unternehmen) und eher indirekten Eingriffen über Subventionen, kapitalfreundliche Gesetze und Geldpolitik, die seit den 1980er Jahren dominierten.³

Die zyklische Bewegung der Produktion

Der Übergang von der wohlfahrtsstaatlich-keynesianischen zur neoliberalen Entwicklungsphase hat nichts an einer Grundform kapitalistischer Entwicklung,

¹ Colin Crouch, Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Frankfurt/M. 2011.

² Die Bezeichnung stammt von Werner Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bonn 2011, 392.

³ Diese Unterschiede werden gut in der Debatte über Industriepolitik gespiegelt, bei der zwischen staatlicher Beeinflussung der Rahmenbedingungen für Strukturwandel (Subventionen, Abschreibungen, Forschungspolitik) einerseits und einer gezielten Beeinflussung der Wirtschaftsstruktur andererseits unterschieden wird: Erstere wird als ‚horizontale‘, zweite als ‚vertikale‘ Industriepolitik bezeichnet (Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2019/2020, Ziffer 248).

dem Konjunktur- und Krisenzyklus, geändert. Dies ist wichtig, da Große Krisen, die als Krisen *des* Kapitalismus einen Wechsel kapitalistischer Entwicklungsphasen markieren, sich historisch immer durch die Verflechtung von zyklischen mit strukturellen Krisen ausgezeichnet haben. Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland (wie auch davor) ist diese Form durch regelmäßige Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Produktion gekennzeichnet, die einen Wachstumszyklus von meist acht bis zehn Jahren bilden.⁴ Geht man von den Krisenjahren 1947/48 der unmittelbaren Nachkriegszeit aus⁵, so lassen sich für die Periode 1948/2019 auf der Grundlage der gesamtwirtschaftlichen Produktion acht Konjunkturzyklen abgrenzen.⁶ Deren Länge schwankte zwischen sechs und elf Jahren, wobei ‚äußere‘ Faktoren wie die Ölkrisen von 1973 bzw. 1979, der ‚Wiedervereinigungsboom‘ von 1989/91 ebenso wie der Ausbruch der Finanzmarktkrise in den USA den Eintritt zyklischer Krisen beschleunigt bzw. verzögert, nicht aber verhindert haben. Auch die Corona-Pandemie hat den Zyklus modifiziert und die Krise verlängert. Bei der Bestimmung von Krisen ist die Frage, ob die Produktion absolut zurückgegangen ist oder nicht, sekundär.⁷ Ausschlaggebend ist die Bewegung der inneren Widersprüche, die den Zyklus bestimmen: Es ist dies im Kern der Widerspruch zwischen der Produktion und der Realisierung von Profit, d.h. die Überproduktion von Waren. Zyklische Krisen sind Überproduktionskrisen. Vor diesem Hintergrund lassen sich in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Jahre 1958-1967-1975-1982-1993-2003-2009 und 2020 als Haupt-Krisenjahre bestimmen, wobei die gesamtwirtschaftliche Produktion nur im ‚Wirtschaftswunderjahr‘ 1958 nicht zurückging. Mit Produktionsrückgängen von jeweils fünf Prozent ragen die Jahre 2009 und 2020 heraus.

Nimmt man – mit Marx – die Krisenjahre jeweils als Ausgangspunkt eines Zyklus, so kann man den Beginn des Übergangs von der keynesianischen zur neoliberalen Entwicklungsphase auf das Jahr 1975 ansetzen, beginnend mit der ‚Kleinen Weltwirtschaftskrise‘ als Großer Krise der keynesianischen Entwicklungsphase, die sich mit der zyklischen Krise 1973/75 verbunden hatte.⁸ Ein Blick auf die seitherige Entwicklung zeigt, dass das angegebene Ziel der neoliberalen ‚Reformen‘, die erneute Beschleunigung der wirtschaftlichen Dynamik, nicht erreicht

⁴ Es gibt einen Zusammenhang zur internationalen Wirtschaftskonjunktur, aber keinen absoluten Gleichlauf.

⁵ In den westlichen Besatzungszonen, 1949 zur Bundesrepublik Deutschland zusammengefasst, nahm die Industrieproduktion ab 1948 wieder deutlich zu. Werner Abelshauser, ebd., 107.

⁶ Stephan Krüger zählt elf „Welthandelszyklen“. Profitraten und Kapitalakkumulation in der Weltwirtschaft, Hamburg 2019, 118, 133.

⁷ Es wird von Rezession gesprochen, wenn die gesamtwirtschaftliche Produktion während zweier Quartale nacheinander zurückgeht, was durch unterschiedliche Faktoren verursacht werden kann. Daher ist diese Definition analytisch wertlos.

⁸ Dies war der Ausgangspunkt der neoliberalen Umstrukturierungen, ein Prozess, der längere Zeit dauerte. Zu Rolle und Verlauf der Großen Krisen des Kapitalismus vgl. Jörg Goldberg, Ein neuer Kapitalismus? Grundlagen historischer Kapitalismusanalyse, Köln 2021.

wurde. Dies zeigt der Blick auf die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), d.h. das Wirtschaftswachstum, trotz aller ökologischen Debatten nach wie vor zentraler Indikator für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes.

Tab. 1: Jahresdurchschnittliches Wirtschaftswachstum im Zyklusdurchschnitt (vierter bis achter Zyklus)					
1975-1981	1982-1992	1993-2002	2003-2008	2009-2019	2020
1,9 %	2,7 %	1,4 %	1,5 %	1,2 %	- 5,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Lange Reihen ab 1970, S. 14, preisbereinigt.

Die Zahlen, die bis 1991 für Westdeutschland, ab 1992 für das erweiterte Deutschland berechnet wurden, zeigen die Besonderheit des fünften Zyklus, der durch die Einverleibung der DDR verlängert und verstärkt wurde: Die Jahre 1989 bis 1991 sind durch einen ‚Wiedervereinigungsboom‘ geprägt, in dem das *westdeutsche* Inlandsprodukt um durchschnittlich fünf Prozent jährlich zunahm. Der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, der den westdeutschen Boom erst ermöglicht hatte, ist in dieser Betrachtung ausgeklammert. Schon die Rechenweise macht deutlich, dass der westdeutsche Blickwinkel dominiert. Für die Bewohner der ehemaligen DDR waren 1989/91 sicherlich keine Boomjahre.

Die Periode zwischen Mitte der 1980er Jahre und 2007 wird international vielfach als „Great Moderation“ bezeichnet, vor allem weil die Volatilität der Konjunktur zurückgegangen sei. Diese Qualifikation ist umstritten, für die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland trifft sie jedenfalls nicht zu. Es war jene Periode, in der die neoliberale Wirtschaftspolitik ihre größten Wirkungen entfaltete:⁹ Sinkende Reallöhne, Rückgang der Lohnquote um fast zehn Prozent, hohe und bis 2006 ansteigende Arbeitslosigkeit, stagnierende Beschäftigung, Etablierung eines großen Niedriglohnssektors.¹⁰ Bis etwa 2011 vergrößerte sich der Anteil der Niedriglöhner an der Zahl abhängig Beschäftigter von 16 Prozent in den 1990er Jahren auf knapp 24 Prozent und verharrt seither auf diesem Niveau. Dies verweist auf den Kern des Neoliberalismus, die Veränderung der sozialen Kräfteverhältnisse zugunsten des Kapitals und die Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Nimmt man dagegen den plakatierten Hauptinhalt, die Reduzierung der unternehmerischen Dynamik ‚erdrückenden‘ Staatsanteils (Ronald Reagan: Der Staat ist nicht die Lösung, sondern das Problem) ernst, dann müsste man eine eklatante Zielverfehlung konstatieren: Der Anteil des Staats am BIP ging zwischen 1985 (45,2 Prozent) und 2007 (43,4 Prozent) nur minimal zurück. 2019 lag er wieder bei 44,2 Prozent, 2020 bei rekordhaften

⁹ Der Ökonom Michael Hudson meint, die Bezeichnung „Great Polarization“ sei treffender, weil diese Periode große ökonomische Ungleichheit generierte. Zitiert lt. Wikipedia, Zugriff 17.7.21.

¹⁰ Von Niedriglohn spricht man, wenn der Bruttostundenlohn weniger als zwei Drittel des Medianlohns beträgt. Vgl. DIW-Wochenbericht 14/2019, 250.

51,1 Prozent. Die Stabilität des Staatsanteils ist umso bemerkenswerter, als, wie weiter unten gezeigt wird, die öffentlichen Investitionen zurückgingen. Beim Neoliberalismus geht es nicht einfach um das Verhältnis Staat und Markt, sondern primär um das Verhältnis Arbeit und Kapital. Andere Elemente wie Regulationsformen, Eingriffsintensität in Marktprozesse, Bedeutung staatlicher Produktionsformen sind dem untergeordnet. Dies ist im Auge zu behalten, wenn über die Frage diskutiert wird, ob die Krisenperiode 2008/2020 eine neue kapitalistische Entwicklungsphase einleitet und welchen Inhalt diese ggf. haben könnte.

2008/2020: Stabilisierung und Akkumulationsschwäche

Die Finanzmarktkrise 2008 und die mit dieser verknüpfte konjunkturelle Krise 2008/2009 hat die verbreitete Illusion, die neoliberalen ‚Reformen‘,¹¹ insbesondere die Geldpolitik und die Austeritätspolitik, hätten zu einer Stabilisierung und vergrößerten Krisenresilienz der kapitalistischen Ökonomie geführt, beseitigt, ohne dass dies den Neoliberalismus als Ideologie ernsthaft beschädigt hätte. In dieser Zeitschrift wurde der durch die Finanzmarktkrise geprägte achte Konjunkturzyklus, der mit einer zunächst schwach ausgeprägten zyklischen Krise im Jahre 2019 zuende gegangen war, mehrfach beschrieben.¹²

Folgende ‚Eckpunkte‘ seien in Erinnerung gerufen:

- Der Konjunkturaufschwung nach der tiefen Krise von 2008/2009 war zwar schwach, dauerte aber relativ lang.
- Die Beschäftigung nahm von 41 auf 45 Millionen Erwerbstätige zu, wobei der Sektor der Niedriglöhne und prekären Beschäftigung ‚stabil‘ blieb, d.h. anteilig nicht weiter wuchs. Das Arbeitsvolumen (Erwerbstätigenstunden) nahm erstmals wieder deutlich zu.
- Die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten ging von rund 5 auf 3,2 Millionen zurück.
- Die Arbeitseinkommen nahmen erstmals seit den 1980er Jahren real wieder zu (um ein bis eineinhalb Prozent jährlich). Die Lohnquote stieg wieder an.
- Die soziale Kahlschlagspolitik wurde auf den meisten Gebieten nicht weiter verschärft, eine wichtige Konzession war die Einführung des Mindestlohns im Jahre 2014.
- Die in Deutschland besonders verbreitete Armut hat – glaubt man dem sechsten Armuts- und Reichtumsbericht von 2020 – seit 2010 nicht weiter zugenommen, es war allerdings trotz der konjunkturellen Besserung auch keine Entspannung zu verzeichnen.¹³

¹¹ Zur Darstellung der wichtigsten ‚Reformen‘ in der BRD vgl. Z-Redaktion, Die Bundesrepublik am Beginn der 20er Jahre – „Kontrollverlust“, Krisenfelder und Strategiedebatten, in: Z 121 (März 2020), 24/25.

¹² Ebd., 25-31.

¹³ Vgl. den Beitrag von Christoph Butterwegge in diesem Heft.

Diese ‚relative Stabilisierung‘ löste aber keine der strukturellen Widersprüche der neoliberalen Entwicklungsphase, welche die Krise von 2008 offengelegt hatte. Georg Fülberth hatte Recht mit seiner schon 2015 gemachten Beobachtung, dass die Krise nicht überwunden, sondern nur „suspendiert“ sei.¹⁴ Die durch die Corona-Pandemie verschärfte Krise von 2019/2020 hat dies überdeutlich gezeigt.

Bei diesen Widersprüchen handelt es sich überwiegend um globale Erscheinungen, die alle entwickelten kapitalistischen Länder betreffen. Einige sind aber für die Bundesrepublik Deutschland entweder spezifisch oder haben eine besondere Ausprägung.

Der Akkumulationsprozess: Realinvestitionen und Arbeitsproduktivität

Über die gesamte neoliberale Entwicklungsphase hinweg hat sich die Investitionstätigkeit, die Akkumulation von fixem Kapital, in den entwickelten kapitalistischen Ländern tendenziell abgeschwächt.¹⁵ In den G7-Ländern sank die Investitionsquote, der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), von etwa 25 Prozent in den 1980er Jahren auf 21 Prozent in der Periode nach 2010.¹⁶ Deutschland war vom Investitionsrückgang besonders betroffen, wie eine Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt, die die private Investitionstätigkeit beleuchtet: „Die Analyse ergibt, dass die private Investitionstätigkeit sowohl im historischen als auch im internationalen Vergleich (in Deutschland, JG.) relativ niedrig ausfällt.“¹⁷

Tab. 2: Bruttoanlageinvestitionen in Prozent des BIP im Zyklusdurchschnitt in Deutschland (fünfter bis achter Zyklus)				
1982 – 1992	1993 – 2002	2003 – 2008	2009 – 2019	2020
25,3 %	23,6 %	20,5 %	20,3 %	21,5 %

Quelle: IMF, World Economic Outlook, April 2021, Database

Die ‚relative Stabilisierung‘ der Konjunktur nach 2010 betraf also nicht die Investitionstätigkeit, die weiter verhalten blieb. Die Nettoinvestitionsquote, d.h. nach Abzug der Abschreibungen, halbierte sich in diesem Zeitraum von etwa acht auf vier Prozent.

Dabei spielten die öffentlichen Investitionen eine wichtige Rolle: Deren Anteil am BIP, der Anfang der 1970er Jahre noch bei fast fünf Prozent gelegen hatte,

¹⁴ Georg Fülberth, *Kapitalismus*, Köln 2015, 110.

¹⁵ Völlig anders verlief die Entwicklung in den Ländern des Südens, die sich teilweise von der Dominanz der entwickelten kapitalistischen Länder emanzipieren konnten. Vgl. Jörg Goldberg, *Die Emanzipation des Südens*, Köln 2015.

¹⁶ Berechnet nach IMF, World Economic Outlook, Database April 2021.

¹⁷ DIW/Handelsblatt Research Institute, *Private Investitionen in Deutschland*, Oktober 2014, 1.

ging zwischen 1980 und 2007 von etwa drei auf 1,9 Prozent zurück,¹⁸ ab 2003 lagen die öffentlichen Nettoinvestitionen über längere Perioden hinweg sogar im negativen Bereich. Erst seit 2016 steigt die öffentliche Investitionsquote wieder an, was teilweise auch auf eine veränderte statistische Abgrenzung zurückzuführen ist: Seit 2014 werden Waffensysteme und F&E-Ausgaben als Investitionen gewertet.¹⁹

Auffallend ist auch die negative Tendenz bei der Entwicklung der Arbeitsproduktivität: Nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion je geleistete Arbeitsstunde in den 1980er Jahren noch um annähernd drei Prozent jährlich zu, so hat sich die Zunahme nach 2015 auf etwa 0,5 Prozent im Jahr verlangsamt. Die Beschleunigung des technischen Fortschritts (gemessen z.B. an der Zahl der Patente) wird durch die Produktivitätsentwicklung nicht reflektiert, was als „Produktivitätsparadoxon“ diskutiert wird. Auffallend ist die sinkende Produktivität in den „wissensintensiven“ unternehmensnahen Dienstleistungen.²⁰ Die Schwäche des ‚realen‘ Akkumulationsprozesses war in Deutschland eher noch etwas ausgeprägter als im Durchschnitt der G7-Staaten.

Finanzialisierung und Vermögenskonzentration

Der Verlangsamung der Akkumulation von ‚Realkapital‘ entsprach eine Beschleunigung der Akkumulation von Geldkapital, d.h. die Finanzialisierung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses. Indikatoren sind die zunehmende Verschuldung der Gesamtwirtschaft im Verhältnis zum BIP, die wachsende Bedeutung des Finanzsektors und der größere Anteil der an den Finanzmärkten angelegten Gewinne. Eine Studie der Deutschen Bank hebt die in der Periode seit den 1980er Jahren im historischen Vergleich beispiellos hohen Gewinne auf Wertpapiere hervor²¹, die weniger Zinserträgen und Dividenden zu verdanken sind als Kursgewinnen, die bei Kauf und Verkauf der Papiere realisiert werden. Die Finanzialisierung ist ein eminent globalisierter Prozess, weshalb eine nationale Betrachtung nur von begrenztem Wert ist. Gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Finanzsektors war der Prozess in Deutschland weniger ausgeprägt als in Großbritannien und den USA, wo sich mit London und New York die wichtigsten internationalen Finanzzentren befinden. Deutschland hat aber mit seinen hohen Leistungsbilanzüberschüssen den europäischen und globalen Finanzialisierungsprozess vorangetrieben. Ein Beispiel ist die „Symbi-

¹⁸ Bundesfinanzministerium, Monatsbericht, Mai 2017.

¹⁹ BMWi, Öffentliche Infrastruktur in Deutschland: Probleme und Reformbedarf, Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin, Juni 2020

²⁰ DIW-Wochenbericht 21/2021. Die Ursachen können hier nicht diskutiert werden, ein Zusammenhang zur schwachen Investitionsdynamik einerseits und zu den Schwierigkeiten der Integration von digitalen ‚Insellösungen‘ in den gesamten Produktionsprozess andererseits ist aber unübersehbar. Vgl. Peter Brödner, Das Produktivitätsparadoxon der Computertechnik, in: Bontrup/Daub, Digitalisierung und Fortschritt, Köln 2021, 114 ff.

²¹ Deutsche Bank Research, The Age of Disorder, London 2020, 3, 16.

ose zwischen Ländern wie Deutschland und Spanien ... bei der die in Deutschland erwirtschafteten Leistungsbilanzüberschüsse unter anderem in Ländern wie Spanien angelegt wurden²² und dort den Immobilienboom angetrieben haben. Alle Indikatoren zeigen, dass die Disproportionen zwischen Finanzmärkten und ‚Realwirtschaft‘ in der Periode nach 2010 weiter angewachsen sind, nochmals beschleunigt durch die zyklische Abschwächung und die Corona-Krise 2019/2020. Der Global Debt Monitor des Instituts für Internationale Finanzen (IIF) spricht in diesem Zusammenhang von einem „Schulden-Tsunami“ (November 2020). Um weitere Finanzkrisen zu vermeiden und die fragile Konjunktur nicht zu gefährden haben die Notenbanken die Wirtschaft wie nach 2008 verstärkt mit Zentralbankgeld geflutet. Die Programme zur Bekämpfung der Corona-Krise lagen in Deutschland mit etwa elf Prozent des BIP über dem europäischen Durchschnitt, hinzu kommen staatliche Beteiligungen, Kredite und andere Stützungsmaßnahmen im Umfang von fast 28 Prozent des BIP, die bislang allerdings nicht vollständig ausgeschöpft wurden.²³ Die staatliche Geldpolitik, der Kern der neoliberalen Wirtschaftspolitik, hat damit ihre Wirksamkeit eingebüßt, sie ist zum Sklaven der Finanzmärkte geworden. Aktuell wird dies durch die im Juli 2021 abgeschlossene Revision der geldpolitischen Strategie durch die Europäischen Zentralbank (EZB) unterstrichen, die formuliert: „Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Preisstabilitätsziels (das gleichzeitig relativiert wurde, JG.) möglich ist, unterstützt das Eurosystem die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Union. ... Zu diesen Zielen gehören ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum, und einem im hohen Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft...“²⁴ Krisenbekämpfung wird zum Hauptziel der europäischen Geldpolitik.

Eine wichtige Triebkraft der Finanzialisierung ist die Konzentration von Einkommen und vor allem von Vermögen bei einer kleinen Gruppe Superreicher. Deren konzentrierte Vermögen befeuern in der Suche nach Rendite die Finanzmärkte und destabilisieren die Realwirtschaft, wie Michael Schwan in einem Überblick über jüngere empirische Forschungen gezeigt hat: Es „kann plausibel angenommen werden, dass Finanzialisierung und Ungleichheit sich nicht nur wechselseitig bedingen, sondern dass beide ... zu bestimmten Formen der Instabilität führen oder beitragen.“²⁵ Wie sich die Vermögensverteilung in Deutschland in der Periode nach 2010 entwickelt hat ist schwer abzuschätzen, da die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung, wie Christoph Butterwege in seinem Beitrag in diesem Heft zeigt, die großen Vermögen systematisch unterschätzt haben. Eine jüngere Untersuchung des DIW, die auch im sechsten Armuts- und Reichtumsbericht beleuchtet wird, befasst sich speziell mit der Gruppe der „Hochvermögenden“, bei denen sich die Vermögen zusam-

²² Finanzialisierung als Kernproblem eines sozialen Europas, in: WSI-Mitteilungen 1/2016, 41.

²³ IG Metall, Wirtschaftspolitische Informationen, Juni 2021, 6.

²⁴ EZB, Beschlüsse des EZB-Rats (ohne Zinsbeschlüsse) vom 23. Juli 2021, Erklärung zur geldpolitischen Strategie

²⁵ Michael Schwan, Ein stabiles Fundament? Machen ungleich verteilte Einkommen und Vermögen das Finanzsystem instabil und krisenanfällig? Berlin 2020, 34.

menballen. Auf der Grundlage dieser Daten kann jedenfalls nicht davon gesprochen werden, dass die Vermögensungleichheit seit 2008 „leicht gesunken“ sei, wie der Bericht behauptet.²⁶ Der DGB-Verteilungsbericht, der verschiedene Quellen berücksichtigt, stellt fest, dass Deutschland bei der Vermögensungleichheit „im oberen Mittelfeld“ der entwickelten Länder liegt. Der die Verteilung von Vermögen über die gesamte Gesellschaft messende Gini-Koeffizient habe zwischen 2010 und 2019 weiter zugenommen (um 19,3 Prozent), stärker als in den meisten untersuchten Ländern.²⁷

Die spezielle Rolle der Außenwirtschaft für Deutschland

Die Wirtschaft der BRD war von Anfang an ein Exportmodell, Westdeutschland verzeichnete mit Ausnahme weniger Jahre immer einen Überschuss in der Leistungsbilanz. Dem entsprachen zunehmende Kapalexporte und steigende Devisenreserven. Die Abhängigkeit vom Weltmarkt hat sich nach 2000, vor allem im Jahrzehnt nach der Finanzmarktkrise, noch einmal kräftig erhöht, wobei die Einführung des Euro hilfreich gewesen ist. Ein Indikator ist die vom Statistischen Bundesamt errechnete Außenbeitragsquote (Differenz zwischen Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen), die angibt, „welcher Anteil des Bruttoinlandsprodukts nicht für Konsumausgaben oder Investitionen verwendet ... wird.“ (Definition Stat. Bundesamt). Obwohl die Quote historisch fast immer im positiven Bereich gelegen hatte, ist sie seit Anfang der 2000er Jahre nochmals markant angestiegen und liegt seit 2010 auf einem Niveau von über sechs Prozent des BIP, was von der EU-Kommission regelmäßig als „Ungleichgewicht“ kritisiert wird, welches die wirtschaftliche Stabilität in Europa gefährde (Handelsblatt v. 21.11.2018). Höhepunkte von mehr als sieben Prozent wurden in den Jahren 2015 bis 2017 erreicht. Angesichts der seit 2015 zunehmenden internationalen Debatten über eine Stockung im Globalisierungsprozess bzw. „Deglobalisierung“ (Z 123 [September 2020], S. 28 ff.), den wir als „Formwandel der Globalisierung“ beschrieben haben, werden auch in Deutschland Zweifel an der einseitigen Exportorientierung des Landes lauter. Die Corona-Krise, die kurzzeitig zu einem Zerfall von internationalen Lieferketten geführt und in vielen Ländern eine Debatte über die Gefahren einer zu großen außenwirtschaftlichen Abhängigkeit und über „Renationalisierung“ ausgelöst hatte, musste vor allem in Deutschland als Warnsignal gewertet werden: Es wurde von der Exportabhängigkeit als „deutscher Droge“ (Andreas Nölke) gesprochen. Auch die Entwicklungen beim Haupthandelspartner China bereiten Sorgen: China mit seinem riesigen Binnenmarkt ist dabei, seine Abhängigkeit vom Weltmarkt zu begrenzen, ausgerechnet bei jenen Produkten, die einen wichtigen Teil des deutschen Exporterfolgs ausmachen: Autos und Maschinen werden zunehmend in China produziert. „Deutschlands Exportrekord ist kein Grund zum Feiern“ titelte das Handelsblatt schon vor ‚Corona‘ (21.8.2018) und

²⁶ Lebenslagen in Deutschland, Kurzfassung, Berlin 2021, XVII.

²⁷ DGB Bundesvorstand, Ungleichheit in Zeiten von Corona, DGB-Verteilungsbericht 2021, 73/74.

betonte: „Neben der Wettbewerbsstärke stehen die deutschen Handelsüberschüsse auch für die Investitionsschwäche im eigenen Land.“ Dies wird auch international so gesehen: Der hierzulande ansonsten geschätzte Internationale Währungsfonds (IWF) kritisiert den chronischen deutschen Überschuss heftig: „Deutschland ist ... das einzige größere Land weltweit, das seit Jahren einen exzessiven Leistungsbilanzüberschuss ohne Anzeichen eines Anpassungsprozesses aufweist.“²⁸ Letzteres wird durch die jüngste Entwicklung bestätigt. Der prognostizierte Aufschwung 2021/22 nach dem coronabedingten Einbruch im Jahre 2020 wird in erheblichem Maße vom Außenhandel getrieben. Vor allem das für das Jahr 2021 vorhergesagte BIP-Wachstum von 3,7 Prozent ist stark vom Export bestimmt, der Frühjahrsprognose 2021 des „Gemeinschaftsgutachtens“ zufolge soll dieser 2021 um fast zwölf Prozent zunehmen. Der Leistungsbilanzsaldo würde demnach mit 285 Milliarden Euro bzw. 8,3 Prozent des BIP einen neuen Rekordwert erreichen.²⁹ Vor dem Hintergrund der zunehmenden Hegemonialkonflikte, die mit einer Politisierung des Außenhandels einhergehen, ist die wirtschaftliche Abhängigkeit von hohen Leistungsbilanzüberschüssen ein besonderes ‚deutsches‘ Krisenmoment: Während einerseits die politische Partnerschaft mit den USA und dem ‚Westen‘ beschworen wird, wären die handelspolitischen Konsequenzen eines offenen Konflikts mit China für Deutschland ökonomisch kaum tragbar (vgl. Peter Wahl in diesem Heft).

Die Jahre 2008-2020 als Krisenperiode

Historische Vergleiche sind einerseits immer schief, sie können aber andererseits durchaus zum Verständnis der Gegenwart beitragen. Das gilt auch für den Vergleich der Krise von 1929/32 und der darauffolgenden „Depression der besonderen Art“ (Eugen Varga) mit der Krise von 2008/2009 und der anschließenden konjunkturellen Belebung. Die meisten Beobachter sind sich einig, dass die historische Einmaligkeit der Krise 1929/32 mit der Tatsache zusammenhängt, dass es nach 1932 zu keiner durchschlagenden Belebung gekommen ist. Dafür ursächlich war die Wirtschaftspolitik, d.h. der Verzicht auf jede konstruktive Fiskal- und Geldpolitik zur Bekämpfung der Krise.³⁰ Das war nach 2008 völlig anders: Gewaltige Programme zur Ankurbelung der Konjunktur wurden aufgelegt, größere Banken- und Unternehmenszusammenbrüche wurden – nach dem Lehman-Desaster – mit Hilfe staatlicher Geldspritzen bzw. Beteiligungen verhindert, die staatliche Geldpolitik ist bis heute extrem expansiv ausgerichtet und folgt dem Primat der Krisenbekämpfung. So wurden die Krise nach 2008 abgekürzt und eine Depression verhindert, was aber dazu beitrug, die Ursachen des Absturzes zu überdecken und wirksame Reformen zu blockieren: „Nach

²⁸ IWF, External sector report: The dynamics of external adjustment, Washington D.C., July 2019; Behringer/von Treeck/Truger, Das deutsche Modell: Wie kann der Leistungsbilanzüberschuss abgebaut werden?, in: Wirtschaftsdienst, Oktober 2020, Heft 10, 754.

²⁹ Pandemie verzögert Aufschwung - Demografie bremst Wachstum, Gemeinschaftsdiagnose 1/2021, April 2021, 45 ff

³⁰ John Kenneth Galbraith, Der Große Crash 1929. Ursachen, Verlauf, Folgen, München 2005, 197

2008 war es vielleicht nicht mehr möglich, so weiterzumachen wie zuvor, aber doch so ähnlich“, schlussfolgert Barry Eichengreen in seinem Vergleich der großen Crashes (i. O., „grossen crashes“, JG) von 1929 und 2008.³¹

Dass es nach 2009 „so ähnlich“ weitergehen würde hatte schon Jörg Huffschmid im Frühjahr 2009, mitten in der Krise, vorhergesagt: Würde die Krise die vorherrschenden politischen Konstellationen nicht verändern – was der Fall war – dann käme es in mittlerer Frist zu einer „leicht modifizierten ... Fortsetzung der neoliberalen Politik.“³² Das ist eingetreten. In gewissem Sinne haben sich die Dinge nach der durch die Corona-Pandemie verschärften Krise 2019/2020 zunächst wiederholt: Gewaltige Konjunktur- und Stabilisierungsprogramme wurde aufgelegt, ohne Rücksicht auf Staatsverschuldung und Marktliberalismus. Die staatliche Geldpolitik hat ihre expansive Ausrichtung verstärkt und verlängert, die Angst vor neuen Finanzkrisen ist zum bestimmenden Faktor geworden: „Die offensichtliche Lehre aus der Großen Finanzkrise ... ist, dass Finanzkrisen wahrscheinlich wiederkommen ...“ formulierten der ehemalige IWF-Chefökonom Blanchard und der Obama-Berater Summers 2017.³³

Elemente einer neuen Entwicklungsphase im Kapitalismus

Die Erkenntnis, dass der Finanzcrash 2008 nicht – wie damals angenommen – ein einmaliges Ereignis war, sondern sich jederzeit wiederholen kann, ist aber nicht der einzige Unterschied zur Periode nach 2008/2009. Dass die konjunkturelle Belebung 2010/2018 – wie geschildert – keine der strukturellen Instabilitäten beseitigt hat, dass die Finanzmärkte mit ihrer Tendenz zur ‚Informalisierung‘ (Schattenbanken, außerbörslicher Handel, neue Finanzmarktakteure) letzten Endes heute fragiler sind als 2008, dass sich die Schwäche der Realakkumulation eher noch verstärkt hat, dass (für Deutschland) die Abhängigkeit von der Außenwirtschaft weiter zugenommen hat – unterstreicht, anders als nach 2009, die Notwendigkeit einer grundlegenden Umorientierung. Dass es nach 2020 nicht noch einmal „so ähnlich“ weitergehen kann, wird heute kaum noch bestritten. Hinzu kommt als neuer Faktor die Klimakrise, die zwar schon länger existiert, aber erst seit etwa 2015 (Pariser Abkommen) zu einem der bestimmenden Faktoren der Politik geworden ist. Sie erfordert einen grundlegenden ökonomischen Umbau, verbunden mit umfangreichen Kapitalentwertungen in bestimmten Branchen. Außerdem dürften auch die Corona-Pandemie und ihre Nachwirkungen ökonomische Anpassungsprozesse nach sich ziehen. Ebenso wie die beschleunigte Digitalisierung sind dies Momente, die große und neue Anforderungen an die ökonomischen Staatsfunktionen stellen. Wahrscheinlich „wird künftig ein Staatsinterventionismus an Profil gewinnen, wie er ansatzweise bereits

³¹ Die Grossen Crashes 1929 und 2008. Warum sich die Geschichte wiederholt, München 2015, 305. Der Untertitel ist irreführend, denn die Geschichte hat sich natürlich, wie gezeigt, nicht wiederholt.

³² Nach der Krise: Das Ende des Finanzmarktkapitalismus?, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr.78, Juni 2009, 49.

³³ Blanchard, Olivier J./Summers, Lawrence H., Rethinking Stabilization Policy: Evolution or Revolution, National Bureau of Economic Research, Cambridge, December 2017, abstract.

vor der Pandemie zu beobachten war. Gleich ob es um die Reorganisation von Wertschöpfungsketten, ... die ... Infrastruktur für E-Mobilität, um die Digitalisierung oder die Vorsorge vor neuen Gesundheitsrisiken geht – der Staat wird mitmischen, andernfalls drohen Niederlagen in der imperialen Rivalität“, beurteilt Klaus Dörre mögliche wirtschaftliche Folgen der Corona-Pandemie.³⁴

Die Finanzmarktkrise von 2008 wurde durch Konjunkturprogramme und die Flutung der Finanzmärkte mit Zentralbankgeld lediglich „suspendiert“ (Fülberth), oder, wie Barry Eichengreen meint: Die Wirtschaftspolitik tat „gerade eben genug ... um eine weitere große Depression zu verhindern“ (ebd., 477). Die Ursachen der Krise aber wurden kaum angegangen. Um nach der Krisenperiode 2008/2020 in eine stabilere Entwicklungsphase überzuleiten, müsste es gelingen, die Schwäche der Realakkumulation zu überwinden und die Finanzmärkte wieder stärker zurückzubinden. Dafür sind grundlegende Veränderungen auf drei Gebieten notwendig:

- Eine wirksame Regulierung des Finanzsektors, vor allem der Schattenbanken und Vermögensfonds;
- Die Verringerung der Einkommens- und Vermögensunterschiede und der Konzentration großer Vermögen bei den „Hochvermögenden“;
- Die Stärkung des realen Akkumulationsprozesses.

Zu 1: Die G 20-Gipfel 2008 und 2009 hatten ein umfassendes Programm zur Regulierung des Bankensystems entworfen, das allerdings nur teilweise umgesetzt wurde. Inzwischen hat sich das Schattenbankensystem zum größten Krisenfaktor der Finanzmärkte entwickelt: Im November 2020 legte der internationale Finanzstabilitätsrat (FSB) einen Bericht vor, demzufolge Hedge- und Kreditfonds, Vermögensverwalter und Geldmarktfonds, kurz Schattenbanken, die Markturbulenzen in der Corona-Krise verursacht hatten. „Es ist klar, dass wir etwas unternehmen müssen, um diese Probleme anzugehen“, sagte der Vorsitzende Randal Charles (Handelsblatt, 17.11.2020) Noch im laufenden Jahr sollen entsprechende Vorschläge vorgelegt werden, 2022 erste Maßnahmen folgen. Ob dies eine Wende im Wettlauf zwischen ‚innovativen‘ Finanzmarktakteuren und gehbehinderten Regulatoren bringt, bleibt abzuwarten.³⁵

Zu 2: Die Verteilungsfrage, insbesondere die Konzentration großer Vermögen, gilt inzwischen als sozial- und wirtschaftspolitisches Problem. Nach wie vor sind aber keine in der Nähe von Entscheidungsebenen befindlichen Politiker bereit, wirksame Maßnahmen zur Herstellung von mehr Verteilungsgerechtigkeit zu ergreifen. Zwar gibt es Signale wie z.B. die Absicht, eine globale Mindestbesteuerung für Unternehmen einzuführen und Steueroasen einzudämmen (vgl. Kommentar in diesem Heft); in einigen Ländern wie den USA und Großbritannien

³⁴ Die Corona-Pandemie – eine Katastrophe mit Sprengkraft, in: Berliner Journal für Soziologie, November 2020, 18.

³⁵ Die rasend schnelle Verbreitung von neuen Finanzinstrumenten wie aktuell SPAC-Zweckgesellschaften, Verbriefte Tokens, Kryptogeld usw. erzeugen immer neuen Regulationsbedarf.

nien existieren Pläne, die Unternehmenssteuern moderat zu erhöhen. Dies würde aber im besten Falle bedeuten, dass die weitere Zuspitzung der Ungleichheit bei der Verteilung der Vermögen, die sich in Zeiten von Corona u.a. wegen des Höhenflugs von Aktien und Immobilienpreisen noch vergrößert hat, verlangsamt wird. Einschnidende Maßnahmen z.B. bei der Besteuerung hoher Vermögen zeichnen sich nicht ab. Immerhin gibt es Forderungen bei SPD und Grünen, die Spitzensteuersätze moderat zu erhöhen (vgl. Michael Schwan in diesem Heft).

Zu 3. Deutliche Akzentverschiebungen finden sich in der Investitionspolitik. Die Forderungen nach einer Stärkung privater und öffentlicher Investitionen sind fast einmütig. Katharina Schramm zeigt in ihrem Beitrag, wie die neoliberale These von „Crowding out“ (öffentliche Investitionen verdrängen private) sich zum „Crowding in“ gewandelt hat: Öffentliche Investitionen sollen private Investitionstätigkeit stimulieren – was auf vielen Gebieten, z.B. bei der digitalen Infrastruktur, der Energieversorgung und der Elektromobilität eine enge Abstimmung zwischen öffentlichen und privaten Akteuren erfordert. Trotz Differenzen in der Frage der Finanzierung kann man heute davon ausgehen, dass selbst fanatische Anhänger von Schuldenbremsen und Budgetausgleich sich beruhigen lassen, wenn notwendige Investitionen über Sonderfonds und Finanzierungsinstrumente außerhalb der ordentlichen Haushalte finanziert werden. Unumstritten ist, dass die Erhaltung und Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit eine tiefgreifende Umstrukturierung des Produktionsapparates notwendig machen, verbunden mit umfangreichen Kapitalentwertungen vor allem in der Energiewirtschaft, der Automobilindustrie und der Verkehrswirtschaft. Gleichzeitig erfordern Dekarbonisierung und Digitalisierung umfangreiche Neuinvestitionen, sowohl staatlicher wie auch privater Natur. Der Staat ist hier in ganz neuen Dimensionen gefordert, nicht nur weil er umfangreiche infrastrukturelle Voraussetzungen zu schaffen und die Kosten der Kapitalentwertung der betroffenen Konzerne zu tragen hat, sondern auch weil der notwendige Strukturwandel nur in enger Kooperation von Staat und Privatwirtschaft erfolgen kann. Ob die damit verbundene Investitionsoffensive zu einer nachhaltigen Stabilisierung und Belebung des Akkumulationsprozesses führen wird ist bislang nicht gesichert. Der IWF hat in seinem Wirtschaftsausblick von Frühjahr 2021 mit ökonomischen Methoden die wirtschaftlichen Folgen von Maßnahmen gegen die Klimaerwärmung simuliert. Demnach würde es mittelfristig, bis etwa 2035, zu einer Belebung des Wirtschaftswachstums kommen.³⁶ Für Deutschland beziffern Studien den Investitionsbedarf einer ‚Klimawende‘ auf etwa 1,1 Billionen Euro zwischen 2017/2050, entsprechend etwa einem Prozent des BIP.³⁷ Dabei ist der beträchtliche Investitionsbedarf im Bereich der Anpassungsmaßnahmen nicht berücksichtigt. Schätzungen dafür liegen weitauseinander, mit weltweit 50 Mrd. US-Dollar scheinen die Kosten allerdings überschau-

³⁶ IMF, World Economic Outlook, A Long and Difficult Ascent, October 2020, Washington D.C. , 85-113.

³⁷ Forum Sozial-Ökologische Marktwirtschaft, Investitionsmotor Klimaschutz, Metaanalyse zum Investitionsbedarf für die notwendige Dekarbonisierung, 11/2017.

bar. Ähnliche Abschätzungen gibt es für den möglichen Einfluss der Digitalisierung auf den Akkumulationsprozess. Eine Analyse der entsprechenden Potentiale kommt zu folgender Schlussfolgerung: Die mit der Digitalisierung verbundenen Prozesse brächten „hauptsächlich eine Umverteilung zwischen Kapitalfraktionen. Das bringt durchaus radikale Veränderungen in bestehenden Wirtschaftssektoren mit sich (siehe den Boom der Plattformökonomie, JG.), erschließt jedoch aktuell keine strukturell neuen Wachstumspotenziale.“³⁸

Die Frage, ob es nach der Krisenperiode 2008/2020 zu einschneidenden Veränderung im kapitalistischen Akkumulationsprozess kommt, kann derzeit nicht abschließend beantwortet werden. Es zeichnet sich bislang lediglich ab, dass der Staat quantitativ und qualitativ in weit höherem Maße als bisher gefordert sein wird.

³⁸ Butollo/Lareiro, Technikutopien und säkulare Stagnation, in: Bontrup/Daub (Hg.), a.a.O., 166.